

Der Enzthäler.

Anzeiger und Unterhaltungs-Blatt
für das ganze Enzthal und dessen Umgegend.

N^o 5. Neuenbürg, Mittwoch den 16. Januar 1850.

Dieses Blatt erscheint je Mittwochs und Samstags. Preis halbjährlich hier und bei allen Postämtern 1 fl. Für Neuenbürg und nächste Umgebung abonniert man bei der Redaktion, Auswärtige bei ihren Postämtern. Bestellungen werden täglich angenommen. — Einrückungsgebühr für die Zeile oder deren Raum 2 fr.

Amtliches.

Die Amtsversammlung vom 10. d. M. hat in Betracht gezogen, daß eine definitive Umlage des Amtsschadens nicht eher erfolgen könnte, als bis diejenigen Gegenstände in das Steuerkataster aufgenommen seyn werden, welche nach dem Gesez vom 18. Juni 1849 in den dinglichen Amts- und Gemeinde-Verband aufzunehmen sind, oder — wenn gleich in diesem Verband gestanden, — bisher von der Körperschafts-Besteuerung befreit waren, daß die Katastrirung dieser Gegenstände noch eine längere Zeit erfordert, ferner daß es für den Haushalt der Amtsförperschaft und der Gemeinden große Störung herbeiführen würde, wenn eine Umlage länger verzögert werden müßte, und daher beschlossen:

1) da jedenfalls diejenigen Gegenstände, welche bisher zur Staats-Steuer beitragen, nun auch zum Amtsschaden beizutragen haben, für 18²/₅₀ einstweilen die genehmigte Amtsschadens-Summe von 5000 fl. auf diejenigen Gegenstände, welche in demselben Jahr zur direkten Staats-Steuer beitragen, also mit kurzen Worten nach Verhältniß der Staats-Steuer-Umlage, umlegen zu lassen.

2) seiner Zeit in gleichem Verhältniß eine Nach-Umlage auf 18²/₅₀ machen zu lassen auf diejenigen Gegenstände, welche entweder

a. bisher schon zur Körperschafts-Steuer — aber nicht zur Staats-Steuer pflichtig waren, oder

b. in Folge des Gesezes vom 18. Juni 1849 zu den Körperschafts-Steuern erst pflichtig wurden, soferne sie nicht zuvor schon zu den Staats-Steuern beigezogen waren.

Sodann

3) den Ertrag dieser Nach-Umlage in Ziffer 2 ferner —

4) den Ertrag der Nach-Umlage an Amtsschaden und Amtsvergleichungs-Kosten auf die

bisher befreiten Gegenstände vom 1. Januar bis 30. Juni 1849 nach den Art. 2 und 17 des Gesezes vom 18. Juni 1849 endlich —

5) den Ertrag der Besteuerung der Kapitalien und Besoldungen für die Amtsförperschaft vom 1. Juli 1849 an bis 1850 nach dem Geseze vom 6. Juli 1849 Art 26 und vom 29. Juli 1849 Art. 1 und 2 in dem auf die vollzogene Katastrirung der betreffenden Gegenstände beziehungsweise auf die geschehene Berechnung der betreffenden Steuern nächstfolgenden Körperschafts-Etat in Einnahme zu nehmen.

In Vollziehung dieses Beschlusses trifft es nun auf den Gulden der direkten Staats-Steuerumlage von 18²/₅₀ an Amtsschaden für dieses Jahr — 18⁹⁶/₁₀₀₀ fr. und sonach namentlich die Gemeinde: Arnbach 126 fl. 56 fr., Beinberg 48 fl. 5 fr., Bernbach 101 fl. 27 fr., Bieselsberg 77 fl. 12 fr., Birkenfeld 307 fl. 42 fr., Calmbach 282 fl. 5 fr., Conweiler 148 fl. 29 fr., Dennach 62 fl. 29 fr., Dobel 105 fl. 29 fr., Engelsbrand 107 fl. 47 fr., Enzklösterle 26 fl. 4 fr., Feldrennach 222 fl. 3 fr., Gräsenhausen 455 fl. 5 fr., Grunbach 87 fl. 36 fr., Herrenalb 195 fl. 44 fr., Höfen 128 fl. 48 fr., Igelsloch 68 fl. 11 fr., Kapsenhardt 62 fl. 21 fr., Langenbrand 94 fl. 7 fr., Loffenau 295 fl. 53 fr., Maisenbach 68 fl., Neuenbürg 370 fl. 28 fr., Neusaz 50 fl. 57 fr., Oberlengenhardt 66 fl. 56 fr., Oberniebelsbach 78 fl. 17 fr., Ottenhausen 195 fl. 59 fr., Rothensohl 49 fl. 25 fr., Rudmersbach 36 fl. 12 fr., Salmbach 43 fl. 44 fr., Schömburg 108 fl. 43 fr., Schwann 154 fl. 13 fr., Schwarzenberg 56 fl. 49 fr., Unterlengenhardt 38 fl., Unterniebelsbach 72 fl. 33 fr., Waldrennach 57 fl. 5 fr., Wildbad 549 fl. 6 fr.

Die Ortsvorsteher und Verwaltungs-Aktuare haben nun hienach das Weitere zu besorgen und den Gemeinde-Behörden wird anheimgegeben, hinsichtlich der Gemeinde-

Schadens-Umlage für 18^o/. ähnlichen
Beschluss zu fassen.

Neuenbürg, den 12. Januar 1850.

K. Oberamt.
Baur.

Neuenbürg.

Da es zur Erleichterung der Gemeinde-
Behörden dienen wird, wenn bei der Abfassung
der Wählerlisten für die bevorstehende Abgeord-
netenwahl die Wählerlisten, welche bei der am
1. August v. J. vorgenommenen Wahl zu Grund
gelegt wurden, benützt werden können, so wer-
den diese Listen am nächsten Botentag den Ge-
meinden zugesendet werden.

Den 14. Januar 1850.

K. Oberamt.
Baur.

Neuenbürg.

Floßwieden- und Hopfenstangen feil.

Ueber den das letztmal nicht genehmigten
Verkauf von ungefähr 2000 Stücken großen
Floßwieden aus dem hiesigen Stadtwald wird
ein wiederholter Aufstreichs-Versuch am

Samstag den 2. Februar d. J.
Nachmittags 2 Uhr

auf dem hiesigen Rathhause vorgenommen wer-
den. Wenn der gewünschte Erlös erzielt und
daher der Verkauf in Kürze darauf genehmigt
werden könnte, so könnten diese Wieden sogleich
gehauen werden.

Zugleich wird angezeigt, daß aus dem
Stadtwald 2000 Hopfenstangen gehauen und
gleichfalls sobald als möglich der Aufstreichs-
Verkauf werde ausgeschrieben und vorgenom-
men werden.

Uebrigens dürften etwaige Liebhaber ihren
Bedarf jetzt schon bei der unterzeichneten Stelle
anmelden, und würden dieselben alsdann zu
der Verhandlung besonders eingeladen werden.

Den 14. Januar 1850.

Stadt-Schultheissenamt.
Meeb.

Birkenfeld.

Gläubiger-Aufforderung.

Alle Diejenigen, welche an Michael Flg,
Bauren dahier eine rechtliche Forderung zu ma-
chen haben, werden hiemit aufgefordert, dieselbe
längstens bis

1. Februar d. J.

bei unterzeichneter Stelle anzumelden, da sie
sonst die aus der unterlassenen Anmeldung ihrer
Forderungen entstehenden Nachtheile sich selbst
zuzuschreiben hätten.

Den 11. Januar 1850.

Waisengericht.
Vorstand:
Schultheiß Weßinger.

Privatnachrichten.

W i l d b a d .

Zu verkaufen

hat circa 50 Eimer alte und neue gut gehal-
tene reine Nekar-Tauber- und Pfalzer-
Weine um billige Preise

Philipp Keppler.

G r ä f e n h a u s e n .

Liegenschafts-Verkauf.

Unterzeichneter wird sein Haus mit gut
engerichteter Schmiedwerkstätte sammt Gütern
nächsten

Donnerstag den 17. Januar

im Bären dahier im Aufstreich verkaufen,
wozu Kaufsliebhaber eingeladen werden.

Schmiedmeister Klatte.

Neuenbürg.

Am nächsten Freitag den 18. Januar

CASINO

im Gasthof zum Dachsen (Post.)

Anfang Abends 7 Uhr.

Neuenbürg.

Bei der hier stattgefundenen Versammlung
hiesiger Wahlmänner wurde beschlossen:

1) den Herrn Oberregierungs-rath Seeger
auch für die künftige verfassungberathende Lan-
desversammlung zum Abgeordneten vorzuschlagen
und für die Durchsetzung seiner Wahl thätig
zu seyn, da Herr Seeger entschieden auf der
Seite des Volks, d. h. der nicht bevorrechteten
Stände stehe, und um so weniger Grund vor-
handen sey, ihm untreu zu werden, als auch
die Stimmung der meisten Wähler in den Amts-
orten eine für Herrn Seeger noch immer sehr
günstige genannt werden müsse.

2) den Herrn Seeger zu einer noch etwa
hier zu veranstaltenden allgemeinen Wählerver-
sammlung einzuladen.

Indem diese Beschlüsse zur weitem Kennt-
niß gebracht werden wird beigefügt, daß dem
Beschluss jener Versammlung gemäß Herrn See-
ger bereits der Wunsch mitgetheilt wurde, ihn
bald in unserer Mitte zu sehen.

Kronik.

Deutschland.

Hamburg. In hiesigen Börsenkreisen läuft
das Gerücht, daß zwischen England und Ruß-

land Unterhandlungen angeknüpft seyen, die einen Handelsvertrag zwischen beiden Nationen zur Folge haben sollen. England beabsichtigt einen neuen Markt für seine Industrie, besonders im Manufakturfache, zu gründen und dafür russische Produkte direkt als Tauschmittel zu entnehmen. In wie weit diese Unterhandlungen zum Ziele führen werden, läßt sich nicht ermessen, aber so viel ist gewiß, England sowohl wie Rußland können dabei beide nur gewinnen und zwar, was das Traurigste dabei ist, auf Kosten Deutschlands, welches selbst durch seine befreundeten Großmächte, Preußen und Oesterreich, es nicht erreichen konnte, Concessionen für den Handel mit Rußland zu erlangen.

Württemberg.

Die Wahlen.

Aus Veranlassung der bevorstehenden Wahlen zum verfassung-revidirenden Landtage hat sich in hiesiger Stadt eine Gesellschaft gebildet, deren Zweck nicht darin besteht, Wahlvorschläge zu machen, sondern deren Aufgabe ist, sich mit Gleichgesinnten in den verschiedenen Oberamts-Bezirken in Verbindung zu setzen und zur Thätigkeit aufzufordern. Diese Gesellschaft billigt das Verhalten der Minderheit der aufgelösten Landesversammlung und huldigt somit dem System des Märzministeriums.

Die erste Frage, welche sich dieser Gesellschaft aufwarf, war: „Ist es überhaupt der Mühe werth, in einer Zeit, wo die politische Abspannung groß und fast allgemein ist, zu dem Mittel der Wahlbewegung zu schreiten?“

Diese Frage mußte vom verfassungsmäßigen Standpunkte aus bejaht werden. Denn ein Volk, welches bei der Wahl seiner Vertreter Gleichgültigkeit an den Tag legt, verdient nach Willkür, nicht nach Gesetzen regiert zu werden. Uebrigens, je größer die Gleichgültigkeit, desto dringender die Aufforderung, sie zu beseitigen. Weiter kam für Befragung obiger Frage in Betracht, daß zwei politische Parteien, deren Ansichten und Bestrebungen von dem, wir dürfen es fest behaupten, weitaus größten Theile des württembergischen Volkes nicht gebilligt sind, ganz gewiß eine sehr lebendige Thätigkeit entwickeln werden.

Diese Parteien sind:

Die der Reaktionen, welche nur den dynastischen Interessen huldigt, welche gegen die Grundrechte ankämpft und welche die vor-märzlichen Zustände wieder zurückführen will, und die der Vorwärtsstürzenden, welche, den Kräften des Landes keine Rechnung tragend, und die staatlichen Verhältnisse Deutschlands außer Acht lassend, Württemberg von dem übrigen, die Frankfurter Reichsverfassung nicht anerkennenden Deutschland isoliren, in den innern württembergischen Angelegenheiten dem monarchischen Principe möglichst viele Kräfte

entziehen und im Wesentlichen eine Parlaments-Regierung einführen will. Gegen die erstere Partei, die, wie wir hoffen, nicht die Partei der Minister ist, erklären wir uns auf das entschiedenste; aber auch der letzteren werden wir eben so bestimmt entgegengetreten. Die Erfahrung lehrt, daß in ihr viele unsaubere Elemente vereinigt sind, Elemente, denen es um etwas ganz anderes zu thun ist, als um politische Reformen. Aber sie zählt auch Männer von Einsicht, Bildung und Ehre in ihren Reihen und es wäre uns angenehm, uns dem Glauben hingeben zu dürfen, daß diese, sollten sie für den bevorstehenden Landtag gewählt werden, die Wirklichkeit mehr, als auf dem aufgelösten geschehen, in Betracht ziehen und nur das unter den gegebenen Verhältnissen Erreichbare anstreben werden. Eben deswegen sind wir nicht gemeint, unsere Thätigkeit bei den bevorstehenden Wahlen von vornherein gegen alle diejenigen zu richten, welche bis jetzt der demokratischen Partei angehört haben. Tritt ein solcher als Bewerber auf, so mögen unsere Gesinnungsgenossen die politischen Ansichten, welche er ausspricht, prüfen und je nach deren Inhalt handeln. Zwar hat es bei früheren Wahlen Manche gegeben, welche den von ihnen öffentlich ausgesprochenen Grundsätzen nicht nachgekommen sind. Wenn Täuschungen solcher Art wieder vorkommen, so treffe die Schuldigen die Strafe der Deffentlichkeit. Sie können übrigens kaum vorkommen, wenn sich die Wähler nicht mit allgemeinen Redensarten beznügen, aus denen man hinten-nach machen kann, was man will, sondern wenn sie dem Bewerber ein bestimmtes, ins Einzelne gehende Glaubensbekenntniß abverlangen.

Einen weiteren, der Erwägung würdigen Punkt fand unsere Wahlgesellschaft in dem Umstande, daß die letzten Wahlen ein ihrer politischen Ansicht entschieden ungünstiges Resultat geliefert haben. Man mußte sich fragen: „Wird das Ergebnis nach einem Verlaufe von nur 6 Monaten nicht wieder dasselbe seyn?“ Allein diese Frage war zu verneinen. Schon oben ist behauptet worden, daß die politischen Bestrebungen der Mehrheit des aufgelösten Landtags von der großen Mehrheit des württembergischen Volkes nicht getheilt werden. Zu dieser Behauptung berechtigt uns neben den Nachrichten, die wir vom Lande her erhalten, die Thatsache, daß bei den letzten Wahlen wenigstens 2 Fünftheile der Wahlberechtigten von ihrem Rechte keinen Gebrauch gemacht, während die Demokraten alle ihre Kräfte in Bewegung gesetzt haben. Hiernach ist der Schluß erlaubt, daß die Theilnahmlosen wohl nicht im Sinne der sich so nennenden Volkspartei gewählt hätten, wenn sie sich dazu herbeigelassen haben würden, ihr Recht auszuüben. Hierzu kam noch zu Gunsten der Letzteren, daß sich in mehreren Bezirken die Konservativen, d. h. Diejenigen, welche erhal-

ten wollen, was seit dem März 1848 errungen worden ist, gegenseitig bekämpften und so den Sieg des Gegners herbeiführten. Und trotz aller dieser Hindernisse wäre es vielleicht möglich gewesen, eine Mehrheit zu erlangen, mit welcher, unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse, die Verfassungsrevision hätte vorgenommen werden können, wenn nicht das Ministerium in mehreren wichtigen Punkten mit entschiedenem Unglück operirt hätte.

An den Wählern ist es nun, das Versäumte wieder gut zu machen dadurch, daß sie bei den Wahlen nicht lässig sind, daß sie sich durch Drohungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, nicht einschüchtern lassen und daß sie Männern ihre Stimme geben, welche von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß das Einzelne von dem Wohl des Ganzen abhängig sey, daß sich ohne Begründung eines mächtigen Bundesstaats mit Volks- und Staatenhaus an eine kräftige Entwicklung Deutschlands in geistiger und materieller Beziehung nicht denken lasse und daß, so lange es ein solches Deutschland nicht gibt, der Rechtszustand in den einzelnen deutschen Ländern nicht gesichert und der fortschreitenden Entfittlichung und Verarmung kein Ziel gesteckt sey.

(Schluß folgt.)

Stuttgart, 10. Januar. Wie man aus ziemlich zuverlässiger Quelle erfährt, hat der Fürst von Thurn und Taxis bei den Unterhandlungen mit dem Staate über Abtretung der Post eine Rente von 50,000 fl. und einen Inventaranschlag von 500,000 fl. seinen Forderungen zu Grunde gelegt und hiernach seine Ansprüche auf 1½ Millionen Gulden (wenn man die Rente kapitalisirt) gestellt. Dagegen sind ihm, wie ich Ihnen seiner Zeit nach dem Rechenschaftsbericht des ständischen Ausschusses mittheilte, zuerst 750,000 fl. und später eine Million geboten worden. Die Differenz, um welche es sich noch handelt, beträgt sonach nicht weniger, als ½ Million. Bei den vor 2 Jahren stattgefundenen Unterhandlungen über die Benützung der württembergischen Staatsbahnen durch die Taxis'sche Post, soll der Fürst dem Staate eine Entschädigung von 40,000 fl. jährlich und später die Abschaffung des Briefbestellkreuzers, was einer Summe von 60,000 fl. gleichkommt oder eine sonst entsprechende Tarifermäßigung angeboten haben, was aber von der Regierung, die nur auf Wiedererwerbung der Post bedacht war, verworfen wurde. Ob

hiernach sobald eine gütliche Vereinbarung zu hoffen ist, mag noch dahin gestellt bleiben. Es wird versichert, der Fürst denke nicht im Ernste daran, wolle es sich im Gegentheil lieber noch etwas mehr kosten lassen, die Benützung der Eisenbahnen für die Post zu erlangen. (F. J.)

Miszellen.

Kürzlich ereignete sich in Dunbar bei Gelegenheit eines Leichenbegängnisses folgender seltsame Vorfall: Der Sarg, welchen größtentheils Matrosen trugen, war eben niedergelegt worden, als ganz in der Nähe ein Hase aufsprang. Ein Matrose schrie sogleich: ein Hase! ein Hase! und setzte dem Flüchtling nach, und die übrigen Leidtragenden, mit wenigen Ausnahmen, von einem ähnlichen Jagdparoxismus ergriffen, folgten ihrem Kameraden in eiligem Laufe.

Vermuthliche Witterung im Januar.

(Aus dem in Karlsruhe erscheinenden von Professor Ph. Stieffel herausgegebenen "Zeus.")

Gelind, Thauwetter mit Regen bis Schnee am 13. bis 16.; wieder heller und kalt bis 20., darauf trüb, gelind mit Schnee oder Regen vom 21. bis 24.; neue strenge Kälte am 25. bis 27.; endlich gelind, trüb mit Regen oder Schnee am Schlusse; in den ersten Tagen des Februars kalt.

Im Allgemeinen trocken, an 14 Tagen Schnee und Regen, kalt mit wenig Thauperioden, bis 20 und mehr Eistage, Kälte bis 10 und mehr Grad, ONWind vorherrschend, mittleres Barometer.

Gold-Course.

Frankfurt, den 10. Januar 1849.

Neue Louisd'or	11 fl. 6 fr.
Friedrichsd'or	9 fl. 52 fr.
Dufaten	5 fl. 39 fr.
20 Frank-Stücke	9 fl. 39 fr.
Holländische 10 fl. Stücke	10 fl. 2 fr.
Englische Souverains	12 fl. 3 fr.

Neuenbürg.

Brodtare

vom 14. Januar 1850:

4 Pfund weißes Kernbrod 8 fr.

1 Kreuzerweden 10½ Loth.

Stadt-Schultheiß
Reeb.

Auf das laufende Halbjahr „des Enzhälers“ können sowohl hier, als bei den Königl. Postämtern noch täglich Bestellungen angenommen werden, wobei die H. H. Abonnenten die Numern von Anfang an nachgeliefert erhalten.

Für die bis jetzt erneuerten und neuen Bestellungen sagen wir unsern Dank und laden zu fortgesetztem Abonnement nochmals freundlichst ein.

Die Redaktion „des Enzhälers.“

Redaktion, Druck und Verlag der Reeb'schen Buchdruckerei in Neuenbürg.

